



Die Zukunft in der Krise

26. MÄRZ 2021

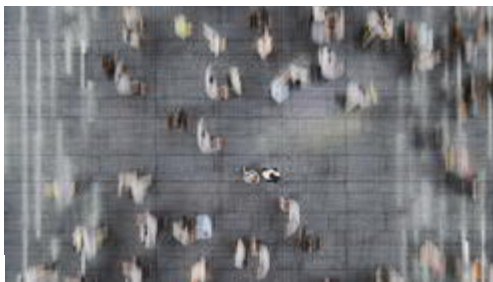
Corona

Psychologie

Sozialwissenschaften

In Krisen erscheint die Zukunft weniger greifbar. Für die sozialwissenschaftliche Forschung sind Zukunftsvorstellungen jedoch ein wichtiger Zugang, um den Verlauf von Krisen zu verstehen – das zeigt sich in der aktuellen Coronapandemie genauso wie bei der Finanzkrise von 2007 oder dem Brexit-Votum. Dabei wird deutlich: Zur Überwindung einer Krise braucht es gesellschafts- und wirtschaftspolitische Zukunftsentwürfe ebenso dringend wie Impfstoffe oder Überbrückungsgelder.

Ein Beitrag von Lisa Suckert



Quo vadis? Zukunftsperspektiven sind wichtig, damit Gesellschaften Krisen bewältigen.

© gremlin / iStock

Mit dem Ausbruch des Coronavirus sind Routinen, Hoffnungen und Ziele in vielen Lebensbereichen hinfällig geworden. Es gilt, „auf Sicht zu fahren“ – und das auf unbestimmte Zeit. Am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung erforschen wir seit längerem in einer Reihe von Projekten, welche Bedeutung Erwartungen als Motor wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Dynamik haben. In Krisenzeiten wird die Tragweite dieses Ansatzes besonders deutlich: Zukunftsentwürfe beeinflussen ganz wesentlich die Wahrnehmung, Verschärfung und Überwindung von Krisen.

„Krise“ bezeichnet eine plötzliche Verschlechterung mit ungewissem Ausgang. Der Zusammenbruch der Finanzmärkte, das Brexit-Votum oder die Coronapandemie sind auch deshalb Krisen, weil sie uns überrascht haben. Die Realität weicht in Krisenzeiten vom erwarteten Verlauf ab. Die vermeintliche Planbarkeit der Zukunft dank immer genauerer Prognosen steigert daher paradoxerweise das Krisenpotenzial: Je exakter unsere Erwartungen, desto leichter können sie enttäuscht werden.



Die Autorin Lisa Suckert ist seit 2016 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln, wo sie zum Zusammenhang von Zukunftserwartungen und ökonomischen Krisen forscht.

© MPI für Gesellschaftsforschung

Krisen durchkreuzen nicht nur unsere unmittelbaren Pläne, sondern erschüttern auch grundlegende Prinzipien, die unsere Vorstellung von der Zukunft prägen. Gängige Praktiken der Verbriefung erschienen unter dem Eindruck der Finanzkrise auf einmal bedenklich, der Brexit rüttelte am Fundament des europäischen Integrationsprozesses und die Corona-Krise stellt die globale Mobilität infrage. Krisen sind somit von doppelter Unsicherheit geprägt: Direkt erfahrbare Turbulenzen werden von dem weiterreichenden Gefühl überlagert, „die Welt nicht mehr zu verstehen“. Die Zukunft lässt sich in Krisenzeiten nicht mehr als stabile Verlängerung der Vergangenheit denken.

Wo althergebrachte Maßstäbe obsolet werden und positive Szenarien fehlen, erscheint vielen die Zukunft als bedrohliches Mysterium. In Großbritannien waren die Krisenereignisse der letzten Jahrzehnte von einer solchen Veränderung der Zukunftsvorstellungen begleitet: Nach den 9/11-Anschlägen, der US-Hypothekenkrise und der europäischen Staatsschuldenkrise sowie nach dem Brexit-Referendum sank jeweils in der direkten Folge der Anteil der Briten, die eine stabile oder sogar bessere wirtschaftliche Lage erwarteten; gleichzeitig stieg der Anteil jener markant, die eine Verschlechterung befürchteten.

Ob ein unerwartetes Ereignis als einschneidender Wendepunkt oder bloß als unglücklicher Ausreißer gilt, wird auch in öffentlichen Deutungskämpfen entschieden: Heftig wird darum gerungen, ob es sich um eine „echte“ Krise handelt oder „alles halb so schlimm“ ist. War die Finanzkrise von 2007 eine Krise des globalen Finanzsystems oder das Fehlverhalten einzelner Akteure? Würde das Brexit-Votum überhaupt etwas verändern? Und ist das Coronavirus wirklich gefährlicher als die übliche Grippe? Hier kommen Zukunftsvorstellungen ins Spiel: Sie zeigen negative Folgen auf, entwerfen plausible Szenarien und machen so den Krisenstatus greifbar.

In ökonomischen Krisen haben solche Diskurse eine ganz besondere Bedeutung, weil sie deren Verlauf beeinflussen. Zentrale Elemente unserer Wirtschaftsordnung wie Lohnarbeit, Unternehmertum, Zinsen oder eine stabile Währung erfordern das Vertrauen in eine

gestaltbare Zukunft. Doch wo Erwartungen einbrechen und sich negative Szenarien auftun, gerät der kapitalistische Motor ins Stocken. Auf den Finanzmärkten zeigt sich dieser Teufelskreis sehr eindrücklich. Ein breiter Vertrauensverlust infolge negativer Prognosen führte zur Ausweitung der Immobilienkrise 2007, die sich über eine globale Finanz- und Bankenkrise zu einer Währungs- und Staatsschuldenkrise entwickelte und Länder wie Griechenland an den Rand des Ruins brachte.

Diese doppelte Unsicherheit von Krisen hat also das Potenzial für zusätzliche wirtschaftliche Verwerfungen: Unsichere Zukunftserwartungen verschärfen ökonomische Krisen; und nicht primär wirtschaftliche Krisen wie die Coronapandemie entwickeln eine wirtschaftliche Dimension, die so verheerend sein kann wie die ursprüngliche Krise. Regierungen stehen nun vor der Aufgabe, Unsicherheiten abzufedern und mit gezielten Eingriffen positive Erwartungen zu wecken. Ob die Politik das Vertrauen in die Zukunft stärken kann, entscheidet aber auch die rhetorische Überzeugungskraft: Das Versprechen „whatever it takes“ des Europäischen Zentralbankchefs Mario Draghi, vermochte es in der Eurokrise 2012, die Lage auf den Finanzmärkten zu stabilisieren und den Euro vorerst zu retten.

Zwar sind Fehlentwicklungen im globalen Finanzsystem, politische Zerwürfnisse oder ein Krankheitserreger kaum durch zur Schau gestellten Optimismus zu stoppen. Gleichwohl lassen sich nur in der intensiven öffentlichen Debatte Lösungsszenarien abwägen sowie Ziele und Mittel neu definieren. Gelingt es, die Unbestimmtheit der Zukunft als Offenheit zu begreifen und eine Vorstellung von Zukunft zu etablieren, die weite Teile der Bevölkerung teilen, kann ein Klima des Aufschwungs entstehen. Krisen gehen dann in eine Phase der Zuversicht über.

Wie der Brexit zeigt, ist dies keine zwangsläufige Entwicklung. Der Anteil jener Briten, die positiv in die Zukunft blicken, nahm bereits vor dem Referendum ab. Und danach haben sich die Erwartungen noch weiter eingetrübt, zugleich nahm der Anteil derjenigen zu, denen die Zukunft so unsicher scheint, dass sie keine Einschätzung mehr abgeben können („weiß nicht“). Das Brexit-Votum und die nachfolgenden Kontroversen wurden kaum von positiven Zukunftsszenarien getragen, sondern von Ängsten und dem nostalgischen Wunsch, die Vergangenheit aufleben zu lassen.

Eine solche „Zukunftsmüdigkeit“ ist derzeit in vielen Gesellschaften spürbar. Nach einem Krisenjahrzehnt, in dem sich die gesellschaftlichen Trennungslinien verstärkt haben, gelingt es den fragmentierten Gesellschaften schon in Normalzeiten immer weniger, eine positive Zukunft für die breite Bevölkerung zu zeichnen: Die Zukunft scheint selbst in die Krise geraten zu sein.

Dies sind denkbar ungünstige Ausgangsbedingungen, um den sozioökonomischen Verwerfungen der Pandemie zu begegnen. Wo Fortschritt schon in normalen Zeiten kein gemeinsames Projekt mehr ist und Zukunftsutopien Mangelware sind, fällt es in Krisenzeiten umso schwerer, Vertrauen in die Zukunft zu fassen. Zur Überwindung der gegenwärtigen Krise braucht es daher – mindestens so dringend wie einen Impfstoff – gesellschafts- und wirtschaftspolitische Zukunftsentwürfe, die über bestehende Spaltungen hinweg verfangen und so wieder nachhaltig Zuversicht vermitteln können.

Kontakt

Dr. Lisa Suckert

Max-Planck-Institut für
Gesellschaftsforschung, Köln

☎ +49 221 2767-268

✉ suckert@mpifg.de